



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 175. Ratssitzung vom 14. Januar 2026

5693. 2025/360

Postulat von Michele Romagnolo (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Yves Peier (SVP) vom 27.08.2025:

Polizeiliche Auflösung der Drogenszene in der Bäckeranlage und in den angrenzenden Seitengassen sowie Unterstützung der betroffenen Personen in den Anlaufstellen und Betreuungsangeboten

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Michele Romagnolo (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4987/2025): Das Postulat bezieht sich auf die wiederkehrende offene Drogenszene in und um die Bäckeranlage. Die Lage wurde kurz besser, nachdem die Stadt eingegriffen hat. Die Realität zeigt, dass die Szene immer wieder zurückkommt. Das ist besonders in den Seitengassen der Fall, wo Konsumierende ungestört Drogen nehmen können. Das können wir nicht länger ignorieren. In den Wintermonaten verschärft sich die Situation. Viele Betroffene haben keinen Ort, an den sie sich zurückziehen können. Währenddessen hat der Stadtrat ein neues städtisches Angebot an der Bederstrasse für auswärtige Konsumierende aufgegleist. Das ist grundsätzlich gut gemeint, aber in der Praxis wenig wirksam. Die Distanzen sind gross und abends schliesst das Zentrum. Die Szene verlagert sich als Folge unkontrolliert in den angrenzenden Wald. Sie erwidern darauf sicher, dass sich die Situation verbessert habe. Die Leidtragenden sind aber Anwohnende und Anwohner, Gewerbe und weitere. Sie wollen zurück in ein sicheres und entlastetes Wohn- und Arbeitsumfeld. Das ist nicht zu viel verlangt. Wir haben die Pflicht, den öffentlichen Raum zu schützen. Darum fordert unser Postulat vom Stadtrat u. a. ein verstärktes und wo nötig rund um die Uhr sichtbares Ordnungshüten in den betroffenen Zonen, niederschwellige Soforthilfe vor Ort, ohne dass sich die Szene im Quartier festsetzt und einen klaren Umgang mit auswärtigen Konsumierenden im Rahmen des Wohnsitzprinzips. Die Quartierbewohner haben genug und erwarten zu Recht, dass wir jetzt handeln.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

***STR Karin Rykart:** Konsum und Handel im öffentlichen Raum wird nicht toleriert. Darum hat die Stadtpolizei im Sommer 2025 zusätzliche Kräfte bereitgestellt, um dieser Haltung Nachdruck zu verleihen. Ab Mitte August 2025 hat die Stadtpolizei die Konsumierenden konsequent weggewiesen und verzeigt. Das zeigte Wirkung. Die Lage um aber auch auf*



der Bäckieranlage selbst hat sich deutlich beruhigt. Die Zahl der Wegweisungen ging stark zurück, genauso wie die Zahl der Interventionen durch Sicherheit Intervention Prävention Zürich (sip). Seither gab es auch weniger Rückmeldungen aus dem Quartier. Durch die verstärkte Kontrolle und die hohe Polizeipräsenz sorgen wir dafür, dass sich keine grösseren Gruppen von Konsumierenden an einzelnen Orten festsetzen können. In der Stadt haben sie nämlich Alternativen. Seit dem 1. Oktober 2025 gibt es für Menschen, die nicht in der Stadt Zürich wohnen, den Raum für Konsum und Triage. Dort können sie sich zurückziehen. Für die in Zürich wohnenden Konsumierenden stehen die Kontakt- und Anlaufstellen offen. Jeder Konsum an einem Konsumort ist einer weniger im öffentlichen Raum. Uns ist bewusst, dass die Beruhigung auch mit der Jahreszeit zusammenhängt. Für die wärmeren Tage im Frühling sind wir bereit, da wir die Lage mit verschiedenen Departementen ständig analysieren. Lehnen Sie das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Balsiger (SVP): *STR Karin Rykart lobt, dass auswärtige Leute in der Stadt Drogen konsumieren können und der Staat ihnen eine Drogenstube zum Dealen bereitstellt. Anscheinend ist die Lösung, dass alle Fixer in die Stadt kommen, um zu konsumieren. Hier findet ein Staatsversagen statt. Die Mehrheit der Drogenkonsumenten sind ausserstädtisch, woher sie aber genau kommen, ist aus unverständlichen Gründen unbekannt. Nun verzögern Sie Massnahmen, indem Sie eine Studie durchführen, um deren Herkunft herauszufinden. Gleich bei der Kontrolle sollte anhand des Bürgerortes klar sein, woher eine Person kommt. Grundsätzlich ist die Bürgerortsgemeinde für die Personen zuständig. Die Stadt muss kein «Fixerstübli» bereitstellen. Dass Sie die Situation so weit haben kommen lassen, ist Staatsversagen. Die SVP hat verschiedene Vorstösse eingereicht, um die Situation zu verbessern und den Fokus auf ansässige Konsumierende zu lenken. Wir müssen keine Verantwortung für Konsumierende übernehmen, die nicht von hier sind. Mit einer konsequenten Wegweisung hätten Sie das Problem gelöst, da Konsumierende nicht mehr wiederkommen, wenn sie von den Wegweisungen ermüdet sind.*

Dr. Tamara Bosshardt (SP): *Nebst Repression und Prävention gehören zur Vier-Säulen-Politik auch Therapie und Schadensminderung. Uns ist wichtig, dass es für abhängigkeiterkrankte Personen niederschwellige Anlaufstellen und adäquate Betreuungsangebote gibt. Das ist für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit und Sicherheit der Konsumierenden enorm wichtig. Natürlich sollen die Bedürfnisse, das Wohlbefinden und die Sicherheit aller Nutzenden des öffentlichen Raums und der Anwohnenden in den betroffenen Gebieten in der Erarbeitung von Lösungen und Massnahmen berücksichtigt werden. Die Stadt reagiert laufend auf die Situation bei der Bäckieranlage. Nebst den ergriffenen Massnahmen tauscht sich die Stadt mit Fachpersonen und anderen Städten aus. Es gibt durchaus weitere vielversprechende Ansätze aus der Sozialarbeit und Medizin, die mir prüfenswert erscheinen. Das vorliegende Postulat bringt aber nichts Neues: Es ist ein Versuch, Politik auf Kosten von Abhängigkeitserkrankten zu machen und bietet keinen Mehrwert. Es ist menschenfeindlicher Populismus. Darum lehnen wir das ab.*



Andreas Egli (FDP): Das Ziel, keine offene Drogenszene entstehen zu lassen, ist erstrebenswert. Dieses wird nicht durch Polizeiaufgebot und Wegweisung erreicht. Davon auszugehen, dass man die Konsumierenden mit Wegweisung ermüden kann, ist grotesk. Wer sich ernsthaft mit der Thematik Drogen befasst, weiss, dass das heisse Luft ist. Drogensüchtige gehen dort hin, wo sie Drogen konsumieren können. Daher ist es nicht in Ordnung, wenn die Stadt Drogen anbietet und keine Alternativen vorhanden sind. Das mag für eine kurze Frist die einzige Lösung sein, doch der Stadtrat hat verschlafen, frühzeitig auf die Situation zu reagieren und mit den Gemeinden ausserhalb der Stadt in einer vertrauensvollen Art und Weise zusammenzuarbeiten. Die SVP liegt nicht falsch, wenn sie auch polizeilichen Einsatz verlangt. Doch auch mit möglichen Textänderungen hat das Postulat keine Substanz und löst das Problem nicht. Zwar konsumieren Menschen momentan wegen der Kälte nicht in der Öffentlichkeit, doch beschafft werden die Drogen noch immer in der Stadt Zürich. Sobald es wärmer wird, wird die Problematik zurückkehren. Die nicht in Zürich Wohnhaften sollen in Absprache mit ausserstädtischen Gemeinden zurückgeführt werden. Das Postulat lehnen wir inhaltlich ab, aber es ist keine Option, Drogenkonsumierende nach Zürich einzuladen. Die Sogwirkung wäre immens.

Nicolas Cavalli (GLP): Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass es um die Bäckeranlage immer wieder Schwierigkeiten gibt. Trotz der liberalen Drogenpolitik, die die GLP verfolgt, kann der Konsum von Crack sehr herausfordernd sein. Die Personen können teilweise sehr aggressiv werden. Das Thema bewegt und auch bei uns haben sich Anwohnende gemeldet. Auf Nachfrage habe sich die Situation bereits im Herbst 2025 verbessert. Sicher wegen des Wetters, aber auch wegen des städtischen Angebots mit den Triageräumen, der Polizei- und sip-Präsenz. Das Mass an Repression muss man immer abwägen. Dieses Postulat setzt ausschliesslich auf Repression. Wie eine Wegweisung aussehen soll, ist die andere Frage. Suchterkrankte Menschen werden kriminalisiert, obwohl man ihnen helfen sollte. Hier findet kein Staatsversagen statt – die Stadt wird weltweit für ihre Vier-Säulen-Politik gefeiert und kopiert. Das Postulat lehnen wir wegen des Narrativs ab. Der Bürgerort ist schon lange nicht mehr zuständig, sondern der Wohnort.

Sandra Gallizzi (EVP): Uns ist bewusst, dass das Sicherheitsdepartement (SID) mit Hochdruck daran arbeitet, das Problem an der Bäckeranlage in den Griff zu bekommen. Erfolge konnten erzielt werden. Das Anliegen des Postulats unterstützen wir, jedoch nicht die Argumentation. Nur wegzuweisen ist keine Lösung. Wenn Konsumierende aus dem Quartier vertrieben werden, suchen sie einen anderen Standort und die Probleme beginnen von Neuem. Nebst Repression müssen weitere Elemente der Vier-Säulen-Politik verfolgt werden. Drogensüchtige sind Menschen und Opfer, sie brauchen adäquate Hilfe.

Moritz Bögli (AL): Die SVP scheint nichts aus den 90er-Jahren gelernt zu haben. Seit dann weiss man, dass das alleinige Entfernen einer offenen Drogenszene sie keinesfalls verschwinden lässt. Die Vier-Säulen-Politik funktioniert so gut, dass der Bund sie mit einer Volksabstimmung gesetzlich verankert hat. Aus dem Betäubungsmittelgesetz heraus macht die Stadt also genau das, was in einer solchen Problematik angebracht ist. Die Repressionsgelüste können wir uns sparen. Innerhalb der Schweiz abzuschieben, löst



weder unser noch das Problem der anderen. Die Stadt sucht Wege, mit der Situation umzugehen. Das Postulat lehnen wir deutlich ab. Die Massnahmen sollen gestärkt werden, die effektiv zu einer Schadensminderung und einem sicheren Drogenkonsum führen.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Alle Bedürfnisse müssen berücksichtigt werden – auch die der Stadtbewohner*innen. Die Stadt geht mit bewährten Massnahmen mit dem komplexen Problem um. Weiterhin gibt es falsche und menschenverachtende Vorstellungen von Drogenkonsumierenden. Jeder Mensch hat einen respektvollen Umgang und Unterstützung in der Lebenssituation verdient. Dazu gehört auch Hilfe zur Selbsthilfe. Es bringt nichts, Drogenabhängige als arme Opfer zu bezeichnen. Sie sind entscheidungsfähige Individuen, die aber Unterstützung brauchen. Das Problem auf die Wohngemeinden auszulagern, bringt nichts, da die Stadt Zürich einen gewissen Sogeffekt beim Thema Drogen hat. Im Bereich der Stigmatisierung wird Drogenkonsum anhand der gesellschaftlichen Stellung der Person sehr unterschiedlich bewertet. Das menschenverachtende Votum des SVP-Sprechers war nicht in Ordnung. Wir lehnen das Postulat ab.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Samuel Balsiger (SVP) zeigte bedenkliche und veraltete Bilder. Er vergisst dabei, dass diese Menschen krank sind. Alle könnten eine Suchterkrankung erleiden. Wenn hier ein Staatsversagen stattfindet, dann von der Gesundheitsdirektion unter RR Natalie Rickli. Es ist nämlich ein kantonales Problem. Crackkonsument*innen haben eine andere Dynamik als bspw. Opiat-Konsument*innen. Hier müssen die Gesellschaft und die Stadt einiges lernen. In der Vergangenheit haben wir bereits einiges durchgemacht und die Stadt wird um ihre Vier-Säulen-Politik beneidet. Repression ist Teil dieser Politik. Die Situation im Kreis 4 hat sich verbessert, aber das bedeutet nicht, dass sie nicht wieder aufflammen kann. Das Postulat lehnen wir ab.

Samuel Balsiger (SVP): Mehrmals wurde behauptet, dass die SVP gegen das Vier-Säulen-Prinzip sei. Wir lehnen es nicht ab, aber die ausserstädtischen Konsumierenden sollen weggewiesen werden. Warum soll das nicht funktionieren? Sie sollen nicht in ein städtisch finanziertes «Drogenstübli» gebracht werden, wo vor den Augen der Polizei mit illegalen Drogen gedealt werden kann. Sie stellen die Infrastruktur bereit und fragen sich, woher die Sogwirkung kommt. Drogen werden konsumiert, wo sie vorhanden sind. Um der Stadtbevölkerung ein gutes Leben zu ermöglichen, müssen Sie diese Infrastruktur abbauen. Das ist lediglich die Durchsetzung des Rechtsstaats. Einige der städtischen Massnahmen sind höhnisch. So soll Kindern der Umgang mit Drogensüchtigen beigebracht werden, anstatt zu verhindern, dass sie überhaupt in diese Situation kommen.

Das Postulat wird mit 22 gegen 98 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat